

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 27. Oktober 1926

Nummer 85

Ein privatkapitalistisches Manifest

Vor einigen Tagen wurde der internationalen Öffentlichkeit ein sogenanntes Wirtschaftsmanifest bekanntgegeben, das von Mitgliedern der internationalen Handelskammer in Paris vorbereitet und von Industriellen, Kaufleuten und Bankiers aus allen größeren europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten unterschrieben, eine völlige Umstellung der heutigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik fordert. Es hat folgenden Wortlaut:

Wir wünschen als Geschäftsleute die Aufmerksamkeit auf gewisse schwerwiegende und beunruhigende Zustände zu lenken, die, unserm Urteil nach, der Rückkehr zum allgemeinen Wohlstand im Wege stehen.

Man kann nicht ohne Bedenken mit ansehen, in welchem Ausmaß Tarifbarrieren, Speziallizenzen und Verbote seit dem Kriege sich in den internationalen Handel einschließen und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermögen. In keiner Periode während der neueren Geschichte hat es der Handel notwendiger als heute gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein, um es den Handelstreibenden zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigeren Bedingungen anzupassen. Und zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt, ohne daß man die daraus entstandenen ökonomischen Konsequenzen gewahr geworden wäre.

Der Zusammenbruch von großen politischen Gebiets-einheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel. Innerhalb weiter Gebiete, deren Einwohner ihre Produkte bis dahin im freien Handel ausgetauscht hatten, wurde eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eifersüchtig geperrt werden. Alte Märkte verschwanden. Absetzungsgebiete konnten Gemeinschaften auseinanderreißen, deren Interessen untrennbar miteinander verwoben waren. Eine nicht unwürdige Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen wollte, die seine Teile miteinander verknüpfen, und anfangen würde, den gegenseitigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern. Es kann kaum beweiselt werden, daß unter diesen Umständen der Wohlstand eines solchen Landes sich rapide vermindern würde.

Um diese neuen Grenzen in Europa zu kennzeichnen und zu verteidigen, wurden Lizenzen, Tarife und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen. Der eine Staat verlor seine billige Nahrungsversorgung, der andre seine Versorgung mit billigen Waren, Industrien litten unter Rohstoffmangel, Fabriken unter dem Fehlen von Rohmaterialien. Hinter den Zollmauern wurden, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue regionale Industrien begründet, die gegenüber der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen. Eisenbahntarife, die unter dem Einfluß politischer Überlegungen festgesetzt sind, machen Transitverkehr und Frachtransporte schwierig und teuer. Die Preise sind allgemein gestiegen, und eine künstliche Verteuerung wurde hervorgerufen. Die Produktion als Ganzes genommen ist zurückgegangen, die Kredite haben sich verringert, und der Geldumlauf hat abgenommen. Zu viele Staaten haben in Verfolg verfehlter Ideen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unnütze Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten.

Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politik in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, vermindern wir damit auch die Möglichkeit, ihre Schulden abzugeben und unsere Produkte zu kaufen. Eingeschränkter Import bringt auch Beschränkung des Exports mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. Da wir alle von der Einfuhr und Ausfuhr von Waren sowie vom Prozeß des internationalen Güterausstausches abhängig sind, können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mit ansehen, die die Bekämpfung Europas bedeutet.

Gläublicherweise sind Anzeichen dafür vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Erkenntnis dieser drohenden Gefahren gekommen ist. Der Staatenbund und die internationale Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren, abgesehen von den Zollarbeiten, die Unausgeglichenheit in diesen Zuständen zu beseitigen und Passagier- und Güterverkehr zu

erleichtern. Einflußreiche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von andern Seiten ist der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen vorgeschlagen worden, die in jedem Falle eine Meistbegünstigungsklausel enthalten sollen. Einige Staaten haben in kürzlich abgeschlossenen Verträgen die Notwendigkeit anerkannt, den Handel von allen niederdrückenden Beengungen zu befreien. Und die Erfahrung lehrt allmählich auch andre, daß das Niederreißen der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als sicheres Heilmittel gegen die Stodung des Handels erweist, die überall zu verspüren ist. Bei den zugleich wertvollen politischen Resultaten, die sich aus einer solchen Politik ergeben würden, und die bösen Willen durch guten Erfolg und die Abgeschlossenheit der Völker in Zusammenarbeit umwandeln würde, wollen wir uns nicht aufhalten. Aber wir wünschen unsrer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiederherführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit ist, die sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wiederherzustellen.

Dieses Manifest haben Industrielle, Kaufleute und Bankiers aus Österreich, Belgien, Tschechoslowakei, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Holland, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika unterschrieben. Aus Deutschland haben das Manifest unterschrieben: Geh. Kommerzienrat Dr. Wosch für die F. G. Farbenindustrie G. M. B. H., Geheimrat Felix Deutsch für die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Dr. Karl Welsch für das Bankhaus Warburg & Co. in Hamburg, Franz von Mendelssohn für das gleichnamige Bankhaus in Berlin, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Karl Friedrich von Siemens in Berlin, Franz Urbig für die Direktor der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, Generaldirektor Bögl für die Vereinigten Stahlwerke in Dortmund und J. H. Witthöfft für Arnold Otto Meyer in Hamburg. Die französischen Unterzeichner haben aus der Befürchtung heraus, daß Teile dieses Manifestes die Möglichkeit verschiedener Interpretationen bieten könnten, Wert darauf gelegt, diejenigen Punkte näher zu bezeichnen, über die eine Übereinstimmung besteht. Sie sind der Ansicht, daß der Zustand mangelnder wirtschaftlicher Stabilität und Ordnung, unter dem gegenwärtig die europäischen Länder leiden, seinen Ursprung in den Kriegsjahren und insbesondere in den daraus erwachsenen Finanzkrisen hat. Sie glauben, daß es, um eine Beruhigung dieses beunruhigenden Zustandes zu verhüten, vor allem erforderlich ist, daß die Länder, in denen die Währung noch nicht stabilisiert ist, mit größter Beschleunigung wieder zu einer gesunden Währung gelangen. Das werde um so leichter zu erreichen sein, wenn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Nationen wieder auf eine normale Grundlage gestellt werden, die den freien Handel zwischen ihnen begünstigt. Sie glauben, daß in dieser Hinsicht die übertriebene Höhe oder Startheit mancher Zollarifsysteme, die mittelbaren oder unmittelbaren Auswüchse des Protektionismus, der Benachteiligung oder Bevorzugung, die Hindernisse, die der internationalen Güterbewegung durch missbräuchliche Transportbestimmungen in den Weg gelegt werden, scharf verurteilt werden müssen. Sie erklären daher ihre Zustimmung zu allen Maßnahmen, die zu der Beseitigung dieser künstlichen Barrieren führen, die sich der freien Wiederaufnahme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, noch entgegenstellen. Sie sind sich der Tatsache bewußt, daß es für jeden modernen Staat unmöglich ist, zu leben und zu gedeihen, ohne mit den andern Ländern wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten, und daß zufolge der engen gegenseitigen Abhängigkeit der Völker untereinander das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt nur durch den wechselseitigen, freien Austausch von Kreditgewährung und Warenlieferung ermöglicht erhalten werden kann.

Aus diesem Manifest, das einen Appell an die Völker der ganzen Welt und deren Regierungen darstellt, ergibt sich die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reorganisation der internationalen Handelspolitik. Die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz wird in dem Manifest eine grundlegende Disposition für ihre Verhandlungen finden. Weitestgehende Verringerung und Heraushebung der Zollgrenzen stellen Forderungen dar, die auch von den Gewerkschaften unterstützt werden. Darüber hinaus aber sind auch in den Geschäftsgesprächen in Industrie, Handel und Bankwelt selbst genug „Tarifbarrieren, Speziallizenzen und

Verbote“ ausgerichtet worden, die den freien Handel nicht minder, ja zum größten Teil noch weit mehr beengen als die Wirtschaftspolitik der einzelnen Regierungen. Wenn man bedenkt, daß die meisten Regierungen in ihrer Wirtschaftspolitik am stärksten von den Interessenvertretern der privaten Industrie, Handels- und Finanzwelt abhängig und ihre Gats weit weniger auf einer gerechten ehrlichen Besteuerung der Einkommen als auf indirekten Einnahmen (inländische Verbrauchsabgaben und Zölle) stützen müssen, dann wird man auch damit rechnen dürfen, daß die durch dieses Manifest bedrängten Regierungen sich ihrer Gatt wehren und hoffentlich ebenso deutlich wie die privatkapitalistischen Manifestanten die tieferen Ursachen der heutigen Wirtschaftskrisen an Ort und Stelle befechten werden, d. h. im Lager der privatkapitalistischen Wirtschaftsführer selbst. Im allgemeinen wird man jedoch gut tun, wenn man dieses Manifest weniger als Ausgangspunkt einer nahe bevorstehenden Annäherung der Weltwirtschaft beurteilt, sondern es als Dokument und Beweis tiefgehender Gegenätze im Lager der privatkapitalistischen Wirtschaftsführer bewertet. Es veranschaulicht eine Aktion der internationalen Finanzwelt gegen monopolistische Beschränkung der internationalen Kreditwirtschaft durch industrielle Trusts, Kartelle und sonstige geschäftliche oder finanzielle Gemeinschaften, die sich von den bisherigen Fesseln der sogenannten Hochfinanz freimachen wollen. Die Unterchriften aus Industrie- und Handelskreisen sprechen nicht gegen diese Tendenz, sondern beweisen höchstens den Umfang der Abhängigkeit der betreffenden Industriellen und Handelshäuser von den Banken.

Kathedertapitalismus

Die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik ist ein Stück deutscher Wirtschafts- und Geistesgeschichte und dabei ein Musterbeispiel für den wichtigen Zusammenhang zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Der Bau einer Burg gegen Marxismus und Menschheitsbetraktismus, die Lösung der sozialen Frage mit der Hilfe einer fortschrittlichen staatlichen Sozialpolitik, das war die Grundidee der katholischsozialistischen Gründer des Vereins. Dieser Grundgedanke weist manche ähnliche Züge mit der Bismarckschen Sozialpolitik auf und teilte auch in gewissem Maße ihr Schicksal. Mit dem Wanken der Bismarckschen Sozialpolitik, mit der Rechtschwankung und der schrittweisen Wandlung der herrschenden politischen Richtung wird der Verein, dessen geistiges Haupt, Schmoller, um die Sonne Bismarcks kreiste, immer milder und zaghafter. Aus der Sozialpolitik zieht sich Schmoller immer mehr in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zurück, aus der sozialpolitischen Propaganda des Vereins wird immer mehr eine wirtschaftliche Datenammlung, aus der propagandistischen wird eine wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Aber die Grenze zwischen Theorie und Praxis wurde im Verein nicht klar gezogen; für eine reine Scheidung zwischen Politik und Wissenschaft kämpfte Max Weber, der sich für den Verein in den letzten Vorkriegsjahren sehr stark interessierte. Webers Wirken bedeutete auch eine Opposition gegen den Geist des preussischen Bürokratismus, der sich in Schmoller verkörperte. Die Revolution schien zuerst auch die Wissenschaft zu revolutionieren. Die Sozialwissenschaft wurde sich starke Spuren in der deutschen Volkswirtschaftslehre zurück. Als die reaktionäre Stimmung einen beträchtlichen Teil der deutschen Intellektuellen ergriß, als gegen die drohende Macht der Handwerker innerhalb der geistigen Arbeiterschaft ein Ressentiment, ein Groll entstand, bemächtigte sich auch diese Strömung der deutschen Sozialpolitik. Professor Hertners Wandlung war keine vereinzelte Erscheinung, die geistige Reaktion, die der Revolution folgte, durchdränkte auch die deutsche sozialpolitische Wissenschaft. Der Verein demonstrierte zwar vor zwei Jahren in Stuttgart gegen die Gefahr, die die Hochschulpolitik der Agrarier und der Schwerindustrie für die deutsche Wirtschaft bedeutet, aber dies ändert nichts daran, daß der wiedererstarkte Kapitalismus auch den Geist der deutschen Sozialwissenschaft stark beeinflusste.

Die Professoren Harms und Eulenburg, die beide zum linken Flügel der deutschen Wirtschaftspolitik gehörten, haben auf der Wiener Tagung des Vereins nicht nur allein die Tatsache des Wiedererstarkens des Kapitalismus fest-

gestellt. Von der überwältigenden Kraftentfaltung des amerikanischen Kapitalismus, von dem neuen, jugendfrischen Hochkapitalismus haben wir den neuen, jugendfrischen Hochkapitalismus schon gewiß beobachtet. In dem hochkapitalistischen Geiste erblickte er die Rettung Europas. Nach Professor Eulenburg ist die Befreiung Europas das weltwirtschaftliche Fortschrittsziel der Aufgabe des modernen Kapitalismus. Generationen hindurch würde keine andere Wirtschaftsordnung imstande sein, diese Mission zu erfüllen. An Stelle des Ratgeberkapitalismus, durchdrungen von der wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeit des erstarnten Hochkapitalismus.

Ist aber wirklich der Kapitalismus die geeignete Wirtschaftsform zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts? Die Ausführungen der Gelehrten, die die große Mission des Kapitalismus verkündeten, zeigten starke Tendenzen, die dem Kapitalismus die gewaltige Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte unmöglich machen. Mit Recht verwies Professor Eulenburg auf die wirtschaftliche Bedeutung der Nation. Aber er erkannte auch, daß im Zeitalter der technischen Umwälzungen die bewegungslose nationale Wirtschaft, ein Zustand, den nach Präsident Hainisch die geschichtliche Entwicklung herbeiführen wird, ein Ding der Unmöglichkeit ist. In unsern Tagen, wo das Eisenkarrell eine mächtige internationale Wirtschaftsorganisation schafft, wo auf Kongressen die Lösung der internationalen Normierung vorbereitet wird, ist die vereinzelte nationale Wirtschaft trotz aller nationalen und imperialistischen Ideologien ein Traum. Aber unter solchen Umständen ist der Nationalismus — und der Kapitalismus geht mit einer nationalisierenden Ideologie Hand in Hand — der wirtschaftlichen Entwicklung ein gewaltiges Hindernis. Eulenburgs Wirtschaftsideal: Nationalität und Solidarität ist nur auf dem Gebiete der Kultur zu verwirklichen, auf dem Gebiete der Wirtschaft ist das Nebeneinander der nationalen Unabhängigkeit und der internationalen Zusammenarbeit ein Zustand, der dauernden Konfliktstoff in sich birgt. Nur die Internationalität bietet für die wirtschaftliche Entfaltung eine geeignete Plattform. Eine internationale Ideologie vermag aber schwerlich die herrschende Ideologie der kapitalistischen Kultur zu werden.

Nicht nur die mächtige nationale Ideologie erschwert den Ausweg aus der europäischen Wirtschaftskrise, sondern der Mangel an Planwirtschaft. Harms Schilderung der Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, die in einem Loblied des Kapitalismus gipfelte, lieferte schlußfällige Beweise für die Notwendigkeit der Planwirtschaft. Europa, legte Harms dar, wurde von der mächtigen industriellen Entwicklung der überseeischen Länder, von der Verschiebung der wirtschaftlichen Bedeutung wichtiger Posten, in erster Linie der Kohle, überholt. Unter solchen Umständen ist eine rasche industrielle Umstellung nötig. Die Veränderung in den wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Länder muß berücksichtigt werden. Ein Ergebnis der weltwirtschaftlichen Umgruppierung ist es zum Beispiel, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Maschinenausfuhr schon nach Brasilien geht. Der Kapitalismus aber — die englische Kohlenkrise ist ein Musterbeispiel dafür — vermag die Schwierigkeiten einer Umstellung nicht leicht zu überwinden. Eine Umgruppierung, Umstellung der europäischen Wirtschaft ist viel eher planwirtschaftlich zu lösen. Harms fordert eine weltwirtschaftliche Vernunft. Wirtschaftliche Vernunft bedingt aber Planmäßigkeit, Vernunftwirtschaft ist Planwirtschaft.

Besonders wertvolle Argumente für die sozialistische Propaganda liefert Professor Verebe, indem er die mächtige Steigerung des Nahrungspietraumes nachwies. Die sozialistische Lehre, die nach Professor Ballo und anderen die unausgenützten technischen Möglichkeiten der Bodenkultur aufzeigt, fand in Verebes Ausführungen eine erfreuliche Unterfertigung. Seine Schlußfolgerungen stehen übrigens mit den Schätzungen von Bends und Fühlers sowie mit den neuen Ergebnissen der Agrartechnik in vollem Einklang. Unübersehbare Möglichkeiten bietet die technische Entwicklung auf dem Gebiete des Ackerbaues. Denken wir nur an die Besiedlung der Tropen, die in erster Reihe von wissenschaftlichen Errungenschaften, wie Seuchendekämpfung usw., abhängt! Ganz gewiß kann eine planmäßige Hebung der landwirtschaftlichen Kultur und eine radikale Agrarreform einen raschen und besseren Erfolg zeitigen als der kapitalistische Weg, den Verebe empfiehlt: die sozialistische Förderung der Zerstückelung des Großgrundbesitzes. Weil die Erweiterung des Nahrungspietraumes in erster Reihe eine Frage der Wissenschaft ist, so ist eine nach wissenschaftlichen Grundfähigkeiten geleitete Wirtschaft zur Lösung dieses Problems besonders geeignet.

Der Sozialismus hat sich — wie dies Hilferding auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik betonte — vor dem wirtschaftlichen Fortschritt des Hochkapitalismus nicht zu schützen. Der Hochkapitalismus arbeitet für den Erben, den Sozialismus. Der Erbe könnte aber schon im Leben des Erblästers die Lösung der mächtigen wirtschaftlichen Aufgaben fördern und eine bessere Lösung herbeiführen als sie durch kapitalistische Methoden erreichbar ist. Natürlich hängt die Möglichkeit der sozialistischen Arbeit in erheblichem Maße von dem Geiste ab, der die Arbeiterbewegung befeuert, von der der jungen Arbeitergeneration gegebenen Erziehung. Denn das Erziehungssystem ist nicht nur die Voraussetzung der Umgestaltung unserer landwirtschaftlichen Kultur, wie Verebe darlegte, sondern auch die Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Kultur. Der von Professor Harms ausgegebene Parole, die für Europa mehr kapitalistischen Geist verlangt, muß die Arbeiterkraft eine

andere Parole entgegenstellen: Vermehrung des sozialistischen Geistes. Nur mehr sozialistischer Geist vermag den Sieg der international organisierten Monopolmacht der verschiedenen nationalisierenden kapitalistischen Schichten zu hemmen und zu brechen, die nicht nur für die sozialistische Arbeiterkraft, sondern selbst für den kapitalistischen Fortschritt den Untergang bedeutet. Z. R.

**Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig
Ertundigungen beim zuständigen
Gauvorsitzer einzusehen!**

**Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der
schädigt die Interessen der Organisation und sich
selber, denn er hat die Folgen zu tragen!**

Das Genossenschaftswesen Der Aufstieg der Konsumgenossenschaften

Während die allgemeine Wirtschaftskrise, gemessen an der Arbeitslosigkeit, erst im Monat August langsam Besserung erkennen läßt, hat bei den im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Konsumgenossenschaften schon das ganze erste Halbjahr 1926 eine kräftige Aufwärtsbewegung gezeigt, die auch bei sorgfältigster Abwägung der Ursachen nur zu dem Schluß führen kann, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands ihre Krise von den Jahren 1923 und 1924 her bereits überwunden hat. Den Maßstab dafür geben die Umsätze und Finanzverhältnisse der 400 und mehr Mitglieder zählenden Konsumgenossenschaften, deren durchschnittliche Mitgliederzahl im ersten Halbjahr 1926: 2.227 085 Familien betrug, gegen 3.304.446 Familien im ersten Halbjahr 1925.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen ist beinahe ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Genossenschaften die sogenannten Inflationskündungen aus dem Jahre 1923 auszufüllen begannen, sofern sie nicht tätig innerhalb der Genossenschaft durch Umsätze in den Verkaufsstellen und Neubildung des Betriebskapitals mittels Eingahlung der Geschäftsanteile mitwirkten.

Aber diese 3.227 085 Familien hatten im ersten Halbjahr 1926 mit 356 949 748 M. einen um 61 825 169 M. (14,5 Proz.) höheren Umsatz als die 3.304.446 Familien im ersten Halbjahr 1925 mit 305 124 579 M. Dies bedeutet, daß der Durchschnitt der Familie von 92,40 M. im ersten Halbjahr 1925 auf 110,72 M. im gleichen Halbjahr 1926 gestiegen ist. Diese erfreuliche Tatsache entspricht naturgemäß nur den Zwang zur Sparsamkeit, welcher durch die allgemeine Wirtschaftskrise veranlaßt ist. Ein Kriterium für die Zunahme der Kaufkraft der Bevölkerung kann diese Steigerung des Umsatzes in gar keinem Fall bilden, weil er an sich immer noch bescheiden gering ist.

Man beachte nur: Der Haushalt einer vierköpfigen Familie benötigt zu Produkten, wie sie jede Konsumgenossenschaft führt — also unter Ausschluß von Kleidung und Haushaltsgegenständen, Textilwaren usw. — mindestens 700 M. im Jahr, fürs Halbjahr 350 M.; der durchschnittliche Warenumsatz betrug aber im ganzen nur 110,72 M.! Die Konsumgenossenschaften können also noch dreimal mehr Umsatz verzeichnen, bis er eine auch dem kleinsten Arbeiterlohn entsprechenden Höhe erreicht hat, ob n e daß damit eine Steigerung der Kaufkraft selbst verbunden zu sein braucht.

Dies ist ja eine der bedauerlichsten Erscheinungen, daß trotz der unseugnaren wirtschaftlichen Vorteile, die die Konsumgenossenschaftliche Warenversorgung bietet, ein noch verhältnismäßig geringer Gebrauch von ihr seitens der eignen Mitglieder gemacht wird. Was insbesondere auch daraus hervorgeht, daß der durchschnittliche Umsatz im Jahre 1914 rund 280 M. betrug, während er für das ganze Jahr 1926 nach dem Ergebnis des ersten Halbjahres auf nur 221 M. rund zu berechnen ist bei im Durchschnitt 50 Proz. höheren Warenpreisen!

Es ist daher aus der Steigerung des Umsatzes im ersten Halbjahr 1926 nur das sehr allmähliche Verschwinden einer Depression geistiger Art festzustellen, welches nach dem auch seelisch zerrütteten Inflationsjahr 1923 die genossenschaftlich organisierten Familien der Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder auf die nächsten Notwendigkeiten einer sparsamen und gesunden Hauswirtschaft aufmerksam werden läßt. Weshalb auch der geringste Fortschritt auf diesem Gebiete sehr zu begrüßen ist.

Eine härtere Bewertung verdient die Zunahme des Betriebskapitals der Konsumgenossenschaften. Während die Geschäftsanteile der Mitglieder zu Ende des ersten Halbjahres 1925 18,8 Millionen Mark betragen, stehen sie im gleichen Halbjahr 1926 auf 28,4 Millionen Mark, wobei die Aufwertung mit etwas über 12 Millionen Mark einzugehen ist. Wenn man neben dieser Steigerung des Betriebskapitals gegenüber dem Vorjahr um nahezu 10 Millionen Mark beachtet, daß am 31. Dezember 1923 nur noch ein eigenes Betriebskapital an Anteilen in Höhe von 1.032.000 M. vorhanden war, welches 1914 33,3 Millionen Mark betragen hatte (!), so ist ein starker Fortschritt in der Höhe des Betriebskapitals unverkennbar. Es fehlen nur noch rund 5 Millionen Mark zum Vorkriegsbestand, der zweifellos am Ende des Jahres 1926 erreicht werden wird. Die Wirkung des Inflationsjahres 1923 ist dann aus-

geglichen und es bleibt nur noch die Anerkennung für die Konsumgenossenschaften übrig, daß sie bei durchschnittlich 25 Proz. Aufwertung sehr viel weiter gegangen sind als irgendwelche öffentliche Sparkassen oder private Banken, oder Reich, Länder und Gemeinden.

Diese Tatsache mag denn auch sehr viel dazu beigetragen haben, daß die Spareinlagen der Mitglieder als einer anderen Form des Betriebskapitals am Ende des ersten Halbjahres 1926 bereits wieder die Summe von 110 Millionen erreicht haben, gegen 63 Millionen im Vorjahr gleichen Zeitraumes. Dies zeigt am allerbesten die geistige Summe wachsenden Vertrauens in die gute Moralität und Solidität der Konsumgenossenschaften, die mit durchschnittlich 50prozentiger Aufwertung (42,8 Millionen Mark!) in dieser Frage ein vorbildliches Beispiel gegeben haben.

Wenn man beachtet, daß die Spareinlagen im Jahre 1914 rund 79 Millionen Mark betragen und Ende 1923 bis auf einen Rest von rund 711 000 M. entwertet waren, so gewinnen die Einlagen Summe von 110 Millionen Mark und die Aufwertung von 42,8 Millionen Mark erst ihre richtige Bedeutung. Die Finanzpraxis der Konsumgenossenschaften wird mit einem beträchtlichen Vertrauensvotum ihrer Mitglieder quittiert. Was ganz am Platz ist.

Dieses Bild des wirtschaftlichen und finanziellen Fortschritts wird ergänzt durch die Feststellungen der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die im ersten Halbjahr 1926 mit einem Warenumsatz von 123 255 000 M. abschloß, gegen 90 507 000 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das Mehr mit 32 748 000 M. oder 36,18 Proz. ist um rund 22 Proz. größer als die Zunahme des Warenumsatzes bei den Konsumgenossenschaften selbst. Die müssen also bei ihrer Großverkaufsgesellschaft — dem „Konsumverein der Konsumvereine“ — wesentlich besser eingekauft haben als im Halbjahr 1925. Was als ein erfreuliches Zeichen genossenschaftlicher Einsicht auf der einen Seite und gesteigerter Leistungsfähigkeit auf der anderen zu buchen ist.

Von Interesse ist noch die Feststellung, daß die eignen Betriebe der Großverkaufsgesellschaft — 32 Fabriken usw. — an ihrem Umsatz mit 20 266 000 M. (1. Halbjahr 1925: 14 806 000 M.) beteiligt sind. Die Mehrerzeugung betrug 5 460 000 M., oder 36,86 Proz., worin „nationalisierte Wirtschaft“ zum Ausdruck kommt.

Im großen und ganzen hat das erste Halbjahr 1926 der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung einen erfreulichen wirtschaftlichen und finanziellen Aufstieg gezeigt, der zweifellos auch im zweiten Halbjahr befestigt werden und um so größer sein wird, als die allgemeine Wirtschaftskrise abflaut und zu gleicher Zeit die Einsicht der genossenschaftlich organisierten Verbraucher wächst, daß ihre nächsten Wirtschaftsinteressen des täglichen Haushalts vor allem durch große und leistungsfähige Konsumgenossenschaften gewahrt werden.

Korrespondenzen

Beuthen (Oberchl.). (Maschinenseher.) Zur Feier des 20. Stiftungsfestes mit vorangehender Bezirksversammlung verammelten sich die Maschinenseher aus Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien mit ihren Familien am 19. September in Schomburg bei Beuthen. Vormittags 8 Uhr trafen sich die Kollegen am Hauptbahnhof Beuthen, um von dort aus einen Spaziergang durch den herrlichen Stadt- und Tierpark nach dem Versammlungslokal („Gräßliches Gasthaus“) zu unternehmen. Hier angelangt, eröffnete Vorsitzender B e r n a r d die Versammlung und begrüßte die Kollegen. Die Tagesordnung wurde vom Quartier des Gleiswäher Buchdrucker-Gesangvereins mit einem gut zu Gehör gebrachten Liebeseingelicht. Darauf gab der Vorsitzende den Kollegen zur Kenntnis, daß die Wertgenossenschaft Schmiedefabrik für jeden Linotypenseher eine Matrize in verkleinelter Form als Krautnadeln gestiftet hat, was natürlich bei den Beschenkten lebhaft Freude erweckte. Ebenso hatte die Fabrik in anerkennenswerter Weise auch Anschaffungsmaterial in Form von Broschüren und Prospekten geliefert, welche im Saale zur Ansicht auslagen. Nun erstattete Kollege M i t t e r (Beuthen) Bericht über die letzte Wanderversammlung und hob dabei die Aufopferung der Biegniger Kollegen hervor, ihren Gästen den Aufenthalt in der Gartenstadt so angenehm wie möglich zu machen. Nach diesem Bericht erteilte der Vorsitzende dem Referenten, Kollegen B e r n a r d (Breslau), das Wort zu seinem Vortrag „Die Aufgaben unserer Sparte in der Gegenwart und ihre zukünftige Arbeit“. Dieser gab der Versammlung einen chronologischen Überblick über die Tätigkeit und die zu überwindenden Schwierigkeiten der Maschinenseherpartie in der Vergangenheit bis zur Gegenwart. Auch vor der Zukunft soll den Kollegen nicht bange sein, denn die Zeiten werden es mit sich bringen, daß man den Maschinenseher überhaupt nicht mehr entbehren könne, sondern noch mehr benötige als zuvor. Die Organisation aber wird darauf achten, daß tätige Geister auch fernerhin uneingespart werden. Größte Aufmerksamkeit sowie lebhafter Beifall lohnten dem Redner für seinen instruktiven Vortrag. Kollege H e n t s c h e l (Kattowitz) verlangte größere Werbetätigkeit für die Sparte in Polnisch-Oberschlesien, worauf Kollege B e r n a r d die Verhältnisse wie auch die Interessenlosigkeit eines Teiles der dortigen Spartenangehörigen und unsere Stellungnahme hierzu klarlegte, was die Zustimmung der Versammlung fand. Die nächste Bezirksversammlung findet in Hindenburg statt. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband und die Sparte die würdig verlaufene Versammlung. — Anschließend hieran fanden ein gemeinsames Mittagessen sowie eine photographische Aufnahme statt. Im Laufe des Nachmittags kam der fidele Teil zur Geltung, indem das Tanzbein lebhaft geschwungen wurde, während die Raufen durch

Vorträge des Gleiwitzer Buchdrucker-Quartetts und durch allgemeine Rede, ausgeführt wurden, wobei nochmals Kollege Birnbach wie auch Bezirksvorsteher Kollege Raskante dem Tage entsprechende Ausführungen an die Teilnehmer richteten. Den Kollegen der „Beuthener Zeitung“ für die geschmackvolle Dekoration der Bühne, den Gleiwitzer Kollegenjüngern sowie der Mergenthaler Seilmaschinenfabrik hiernächst nochmals besten Dank.

Böhmum. Ihre Bezirksversammlung am 19. September in Wanne erfreute sich eines ziemlich guten Besuges. Trotzdem muß gesagt werden, daß noch viele Kollegen den Weg ins Vereinsleben nicht finden können. Der Kassenbericht wurde die beantragte Entlastung erteilt. Der Bericht vom Kollenser Gautag wurde von den Delegierten geteilt gegeben. Die gefassten Beschlüsse fanden die Zustimmung der Versammlung. Mit Genehmigung wurde von der Bewilligung für die ausgesparten englischen Bergarbeiter sowie für unsere kranken, arbeitslosen und invaliden Kollegen Kenntnis genommen. Der Streik in einer Redaktionshäuser Druckeri („Westruag“) löste eine längere Debatte aus. Allgemein war man der Auffassung, daß durch nicht so voreilige Vorgehen hätte vermieden werden können, sechs Kollegen aus ihren Stellungen zu bringen, um Gutenbergländern Platz zu machen. — Eine anschließende Versammlung der Mitglieder der Bezirksfesterbekasse beschloß, den Antrag der Vertrauenskommission, die Kasse zu einer Witwenpension auszubauen, bis zur nächsten Versammlung zurückzustellen.

Hindenburg (Oberschl.). Am 18. September fand unsere jährliche Monatsversammlung statt. Vorsitzender W. Ernardt eröffnete sie mit begrüßenden Worten; insbesondere hieß er Kollegen Birnbach (Breslau) und die Gleiwitzer Kollegen willkommen. In seinen einleitenden Worten betonte er die Wichtigkeit der internationalen Verbände und die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenchlusses sämtlicher Arbeiter. Der aus Anlaß der internationalen Verbände als Referent gewonnene Kollege Birnbach erhielt hierauf das Wort zu seinem Referat „Der Kulturwert der Gewerkschaften“. Ausgehend von der Entstehung der Gewerkschaften, schilderte der Referent die ersten Kämpfe und die Bewegungen im Mittelalter und verglich die Arbeitgeber von einst und jetzt. Große Kulturwerte sind von den Gewerkschaften geschaffen worden; als Vorkämpfer des Tarifrechts, des Achtungstages, der Ferienbewegung, der Regelung des Lehrlingswesens, Bildungswezens usw. waren die Gewerkschaften mit ihren Führern tätig. Mit einer Mahnung an die Kollegen, sich mit praktischer Gewerkschaftsarbeit zu befassen, die graphischen Verbände zu fördern, schloß Kollege Birnbach sein äußerst interessantes und mit starkem Beifall aufgenommenes Referat. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kramer (Gleiwitz) und Gohmann. Das Kapitel Schmutzkonkurrenz kam nochmals zur Sprache und das von der Prinzipalsorganisation eingegangene Antwortschreiben wurde zur Kenntnis genommen. Unter „Verständenenem“ wurde das Bergerswesen eingehend erörtert. Der Vorstand hat sich mit dem Witz des „Fremdenheims“, Herrn Materla, in Verbindung gesetzt und sein sehr sauber eingerichtetes Heim besichtigt. Von nun an können unsere durchreisenden Kollegen dort übernachten. Das „Fremdenheim“ befindet sich Kronprinzstraße 35. Aus Anlaß der Verbände für die Bühnergilde veranstaltete die Ortsgruppe Hindenburg des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker eine Ausstellung sämtlicher bisher erschienenen Werte und eine Ausstellung von Drucksachen der Schriftgießerei Ludwig & Mayer sowie Bauer in Frankfurt am Main, die großen Anklang fanden.

Wien a. N. Ihre Bezirksversammlung am 18. September hatte sich eines ziemlich guten Besuchs zu erfreuen. Vorsitzender Janßen machte nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls zunächst einige geschäftliche Mitteilungen; u. a. forderte die Kollegenhaft auf, der Bühnergilde Gutenberg beizutreten. Nach der Aufnahme einiger Kollegen mußten wieder Kollegen wegen Kosten ausgeschlossen werden. Hierauf folgte der Bericht über den Gautag. Über den ersten Tag referierte Kollege Ransenberger, über den zweiten Tag Kollege Strahmann. Beide Redner gingen in ausführlicher Weise auf die gefassten Verhandlungsgegenstände ein. Lobend erwähnten die Referenten die Gattfreundschaft der Kollener Kollegenhaft. Der Antrag des Vorstandes: „Der in der Aprilversammlung gefasste Beschluß betreffs Ortsunterstützung wird bis zum 1. Januar 1927 verlängert“, zeitigte eine lebhaftige Aussprache. Alle Disziplinärredner stimmten dem Antrage des Vorstandes bei und dieser wurde einstimmig angenommen. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß die Kölner Mitgliedschaft stets bemüht ist, ihre arbeitslosen Kollegen über diese schwere wirtschaftliche Krise hinwegzuhelfen, getreu dem gewerkschaftlichen Grundsatz: „Alle für einen und einer für alle.“ Ein dringendes Gebot der Zeit ist es, nach Möglichkeit jeder Überstunde zu vermeiden und vor allem dafür zu sorgen, unter Konditionslosen wieder in Stellung zu bringen. Unter „Verständenenem“ kamen noch einige interne Betriebsangelegenheiten zur Sprache. Vom Kassierer des Ortsvereins Opladen, Kollegen Hed, wurde der Wunsch ausgesprochen, die nächste Versammlung dadurch abzufassen. Der Bezirksvorstand versprach, in der nächsten Vertrauensmännerversammlung diese Anregung zu besprechen; er wird dieses in Form einer Wanderversammlung, verbunden mit Familienausflug, befürworten, sofern die Witterung günstig ist.

Leipzig (Korrektoren.) Ihre Septemberversammlung war gut besucht. Kollege Frodt sprach über den „Wustnotenja“. Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Seine Ausführungen wurden in äußerst lebhafter Aussprache von sachverständiger Seite wirksam ergänzt. Dadurch wurde der Zweck, den Korrektoren einen Einblick in die schwierige Arbeit des Notensetzens zu gewähren, voll erreicht. Aus den „Verständenenem“ ist die Aufnahme zweier neuer Mitglieder zu erwähnen. Außerdem ist noch über den ersten Mitteldeutschen Korrektorentag, der Pfingsten 1927 in Dessau stattfand, soll, gesprochen worden. Zur Sicherstellung einer geschlossenen Beteiligung wurde eine Reize-

paratasse ins Leben gerufen; der Anschluß ist jedem Kollegen anzuraten. Ferner handelte es sich um die Veranstaltungen des kommenden Winters und um die Besichtigung über die im vergangenen Monat abgehaltenen Versprechungen organisatorischer und beruflicher Angelegenheiten mit dem Gauvorstand (Arbeitsvermittlung), dem Vorstande der Leipziger Handsehervereinigung (Heimarbeit und Nichtfachleute) und den Vorständen der örtlichen Sparten (Bildungsfragen) insgesamt. Unser Augenmerk ist darauf gerichtet, den Korrektorenstand, mit dessen gewerblichen Ansichten wir derzeit nicht zufrieden sein können, zu höherem beruflichen Bewußtsein und gesteigerter organisatorischer Geltung zu bringen. Die Mitarbeit der Kollegen ist dazu erforderlich. Einige Winke aus der Praxis für die Praxis bildeten den Abschluß der recht anregend verlaufenen Versammlung. — Die Feier unseres 22. Gründungsfestes verlief in herkömmlicher Weise unter Anteilnahme der gesamten Leipziger Korrektorenschaft und in Anwesenheit Hallenser und Magdeburger Kollegen, getreu dem Leitspruch: Kein Bund steht fest, kein Wert gelingt, wenn es nicht Harmonie durchdringt! Ein Gang mit unsern Gästen durch die Deutsche Bühnerei unter Führung des altzeit für die Buchdrucker bereiten Dr. Bodenberger, dem auch an dieser Stelle freundschaftlich gedankt sei, sowie ein Nachmittags, vom herrlichsten Wetter begünstigt, im Zoologischen Garten liegend Körper und Geist gleichermaßen gewinnen. Doch die angenehmen Erinnerungen an Leipzig und die zu leistende ernste Arbeit in Dessau liegen auf derselben Linie. Darum: Auf Wiedersehen zu Pfingsten 1927.

Magdeburg (Stereotypure und Galvanooplastiker.) Am 19. September fand die zweite Versammlung unserer Gauvereinigung in Magdeburg statt. Vertreter waren außer Magdeburg die Orte Hfersleben, Köthen, Halle, Halberstadt und Stendal sowie Delegierte vom Ortsvereinsvorstand Magdeburg. Nach kurzer Erledigung des „Geschäftlichen“ folgten die Berichte der einzelnen Ortsgruppen. In der kurzen Zeit des Wiederablaufens unserer Sparte ist viel erreicht worden, aber noch viel mehr bleibt zu tun. Erleichtert ist es, daß es uns nach dreimaligem vergeblichen Mühen endlich gelungen ist, auch in Hfersleben Fuß zu fassen und acht Kollegen unserer Sparte zuzuführen. Durch Zusammenfluß aller Spartenkollegen ist viel zu erreichen, und der Verband der Deutschen Buchdrucker als oberste Instanz steht uns hilfsbereit zur Seite. Allgemeines Befremden erregte das Fehlen eines Vertreters der Zentralkommission, der sicher in dieser von kollegialen Geiste getragenen Versammlung viel Anregung, aber auch viele offenkundige Wünsche der Provinzkollegen hätte nach Berlin mitnehmen können. Einen überaus interessanten Vortrag hielt Kollege Hojenski (Merseburg) über „Nationalisierung der Industrie, und deren Auswirkung in unserm Gewerbe“. Seine Ausführungen gestalteten uns, einen tiefen Blick in die Zukunft zu tun und mahnten uns, darauf bedacht zu sein, künftige Arbeitskräfte heranzubilden. Der handwerksmäßige Betrieb ist vorüber, der Facharbeiter herrscht vor. Die Sparte ist der geborene Ort, sich mit den Erzeugnissen der Technik vertraut zu machen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Mit Bebauern nahmen wir zum dem überaus befähigten Kollegen Wschied, der zur Ausbildung nach Frankfurt a. M. geht. Kollege Hermann Rose erstattete Bericht von der Arbeit der Technischen Kommission und freifte die Neuerungen auf der Leipziger Messe. — Vor unserer eigentlichen Tagung fand die Besichtigung der „Volkstimme“ statt, die sehr zur Bervollkommnung des technischen Wissens beitrug. Kollege Hermann Rose ließ sich keine Mühe verheißern, den auswärtigen Kollegen die Anlagen und Einrichtungen dieser neuzeitlichen Stereotypenanlage eingehend zu erläutern. An dieser Stelle sei auch der Geschäftsleitung der „Volkstimme“ gedankt, die uns diese Besichtigung in zuvorkommender Weise gestattete und auch die gebogene Einladungen zur Versammlung unserer Gauvereinigung kostenlos herstellte.

Stuttgart. Am 15. September wurde die Versammlungsstätte nach den Sommerferien mit einer gutbesuchten Versammlung begonnen. Kollege Klein gebachte vier vorstrebender Kollegen, deren Gedanken die Versammlung ehrte. Nachdem teilte Kollege Klein mit, welches Ergebnis der Beschlüsse des Gewerkschaftskartells betreffs Sammlung für die hiesigen Arbeitslosen in unsern Reihen hatte. Wir Buchdrucker nahmen Abstand vom vorgeschlagenen Markenverkauf zu diesem Zweck. Dagegen sollte der Gauvorstand Sammelkästen in Umlauf mit der Aufforderung, 1 M. als Mindestbeitrag zu geben. Mit 1200 M. Eingang ließen wir das Gesamtergebnis der anderen dem Kartell angehörenden Gruppen mit zusammen 600 M. weit hinter uns zurück. Daß auch in unsern Reihen einige Kollegen vorhanden sind, die noch nicht erfahren haben oder einsehen lernten, wie bitter längere Arbeitslosigkeit sich bei den davon Betroffenen auswirkt, zeigte sich, indem diese die Mithilfe verweigerten und erst nach Vorladung aufs Gaubureau ihrer Pflicht nachkamen. Wenn dabei ein Kollege, der es am wenigsten notwendig hätte, nicht ersähen, sondern durch ein unartiges Schreiben an den Gauvorsteher mit Anzeigebogen wegen Erpressung drohte, möge dieser Vorgang als Beweis gelten, daß es überall und immer solche gibt, die nur ihrem eignen Reiz nach leben und andre ruhig zugrundegehen sehen können. Ein Glück für die Gesamtheit, daß es deren Außenseiter nur vereinzelte gibt. Ein Vorschlag, der schon am 18. August in einer reiflich besuchten Vertrauensmännerversammlung Billigung gefunden und einen Beitrag von 1000 M. für die streikenden englischen Bergarbeiter forderte, fand die Zustimmung der Versammlung. Ebenso wurde einem Vorschlag des Vorstandes, der eine Erhöhung des Mitgliedschaftsbeitrags um 5 Pf. pro Woche zur Abwägung des Umschauens forderte, zugestimmt. Diese 5 Pf. wurden erstmalig am 26. September eingezogen. Von diesem Zeitpunkt an erhalten die Durchreisenden ein Dreiecksgeld, gestaffelt nach Reizebauer, auf der Geschäftsstelle. Jedes Umschauen ist von diesem Tage ab streng untersagt. Wie sich bei der regen Aussprache ergab, ist diese Maßnahme als eine Entschädigung für die meisten Kollegen zu bewerten. Den Beweis konnte ein Kollege erbringen, der erklärte, daß in seiner Druckeri allein im Monat Juni 171 Durchreisende vorpraßen. Beim

letzten Punkt der Tagesordnung kam unser Kollege Feurstein in einem wohlüberdachten Vortrag über „Staat und Wirtschaft“ zum Wort. Er, der in früheren Jahren selbst Vorkämpfer in unserm Gau, die Kämpfe für und wider die Tarifgemeinschaft mitausgespielt hat, konnte den jungen Kollegen am besten erklären, daß die heutigen Zustände nicht von ungefähr seien. Alles und jede Verbesserung mußte erkämpft werden, oft gegen Staat und Wirtschaft, die im Einklang handelten, wenn es galt, die Arbeiterforderungen zu befämpfen. Alle Kämpfe früherer Zeiten und Kämpfe zogen an uns vorüber. Bis zum Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege und bis zur Säuberung von ungeeigneten Elementen, die in Gewerkschaftskreisen Aufnahme suchten und fanden, zeigte uns Rechner die Wege, die die Gewerkschaftsbewegung nahm. Kollege Feurstein, der durch seine Selbstbehauptung am „Kofar-Gesetz“ (Seifronn) noch praktisch im Beruf steht, machte die Anwesenenden den Leidgedanken des Betriebsrätegesetzes, an dessen Zustandekommen auch er als früherer Reichstagsabgeordneter mithalf, vertraut. Er verstand es, die Vorzüge, die jenes Gesetz bietet, so klar zu zeigen, daß sein Wunsch Erfüllung finden möchte: Keinen Schritt von den gebotenen Vorteilen und Bestimmungen zurückzuweichen, alles daran setzen, daß dieses Gesetz erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird. Seine weiteren Ausführungen über Wirtschaftsdemokratie und den Abgang durch obiges Gesetz zur Betriebsdemokratie fanden einstimmig Zustimmung und reichen Beifall. Kollege Klein sprach ihm den Dank der Versammlung aus. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Die Versammlung konnte mit dem Wunsch um gleich guten Besuch der nächsten, in der jedenfalls ein Kollege aus dem Verbandsvorstand sprechen wird, geschlossen werden.

Allgemeine Rundschau

Wo bleibt das Berufsausbildungsgesetz? In dem kleinen Aufsatz „Achtet auf die Unterberechtigung!“ in der vorigen Nummer des „Korr.“ wird von dem Entwurf zu einem Berufsausbildungsgesetz gesagt, daß er „schon in seinen ersten Zügen in den Grenzen des Reichswirtschaftsministeriums oder an sonst einer Stelle modern“. Von unterrichteter Seite wird uns dazu mitgeteilt, daß der Entwurf jetzt dem Kabinett vorliegt und dort demnächst zur Beratung gelangt. Danach geht er in die Länderregierungen und schließlich an den Reichstag. Bis zur endgültigen Verabschiedung wird also immer noch geraume Zeit vergehen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir einen häufigen Druckfehler in dem erwähnten Artikel berichtigen. In der letzten Zeile muß es natürlich „hingewiesen“ heißen, nicht „hinzuweisen“.

Verurteilung des Militärischen wege: Schädigung eines Buchdruckerbetriebes. Im Oktober 1923 wurde das Erscheinen der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Breslau vom dortigen Polizeipräsidenten verboten. Außerdem erfolgte noch durch den Militärjustiz, die Schließung der Druckeri. der „Produktionsgenossenschaft“, eines Arbeiterunternehmens, in dem nicht nur die kommunistische Presse, sondern auch zahlreiche private Druckaufträge hergestellt wurden. Über 40 Kollegen wurden infolge der Stilllegung des Betriebes arbeitslos. Die militärischen Nachhaken ergriffen von dem mit schweren Opfern geschaffenen Arbeitereigentum Besitz, verriegelten und versiegelten die Geschäftsräume, ohne sich den Tadel um die Instandhaltung der Maschinen zu kümmern. Als endlich im März 1924 den Eigentümern die Schlüssel zu der Druckeri wieder übergeben wurden, zeigte sich, daß die Maschinen verrottet und die Waagen unbrauchbar geworden waren. Die Produktionsgenossenschaft strengte deshalb Schadenersatzklage gegen den Militärjustiz an. Von diesem wurde daraufhin alle möglichen Ausreden gebraucht, um der Genossenschaft ihre berechtigten Ansprüche freizugeben zu machen. Da jedoch in dem zur Entschädigung der Entschädigungslage angelegten Termin am 14. Oktober von sachverständiger Seite die Fahrlässigkeit des Militärjustiz klar erwiesen wurde, mußte die Zivilkammer des Landgerichtes den Entschädigungsanspruch der Genossenschaft grundsätzlich als berechtigt anerkennen. Die Zivilkammer mußte feststellen, daß der Militärjustiz nicht seine Pflicht gegenüber dem Arbeitereigentum, das er zu verwerten hatte, erfüllt hat und deshalb für den Schaden verantwortlich ist. Wenn der Produktionsgenossenschaft auch nicht die verlangte Entschädigung in vollem Umfang zugebilligt wurde, so lautete die gerichtliche Entscheidung doch dahin, daß der beklagte Militärjustiz verurteilt wird, an die Klägerin 452,45 M. nebst 4 Proz. Zinsen seit dem Tage der Klageaufstellung, das ist seit dem 18. Juli 1924, zu zahlen.

Fürsichliches Einkommen. Unter dieser Spitzmarke wird verschiedentlich berichtet über das Einkommen eines Generaldirektors der Verkaufsvereinigung Deutscher Pappfabriken, das allerdings „nicht von Pappe“ ist. Nach der Angabe eines anscheinend Sachkundigen im „Wochenblatt für Pappe und Papierverarbeitung“ bezieht der Herr Generaldirektor nicht nur ein festes Gehalt von 24 000 M. jährlich, sondern dazu 1/2 Proz. Umsatzprovision. Diese Umsatzprovision machte im Jahre 1923 etwa 18 000 M., im Jahre 1924 rund 22 000 M., im Jahre 1925 sogar 120 000 M., also ein Einkommen des nicht gerade geringen Gehaltes aus. Dabei scheint die Arbeitslast dem Herrn Generaldirektor nicht sonderlich zu drücken, wird doch in jenem Artikel behauptet, daß der Herr von Anfang Dezember 1925 bis Ende Mai 1926 am Bodensee zur Kur gewickelt, gleichwohl im August d. J. schon wieder eine Sommerfrühling aufgeschicht hat. Man scheint aber seine wertvolle Persönlichkeit nicht entbehren zu können, denn sein Anstellungsvertrag ist inzwischen um einige Jahre verlängert worden. Wie es scheint, herrscht in den Regionen der oberen Angestelltenwelt noch immer Inflationszeit. Statt bei den Generaldirektoren und ähnlichen Pappfabrikern der Arbeit ander einmal einen kräftigen Lohnabbau vorzunehmen, wird dieser nach unten hin um so radikalischer betrieben. Pariser Druckerien. Vor einigen Monaten stattete eine Gesellschaft dänischer Buchdruckermeister den Städten Hamburg, Amsterdam, Antwerpen und auch Paris einen

